Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Anfrage Nr. 15-2451/2012)

Eingereicht am 02.10.2012 um 15:05 Uhr.

Steigende Mieten, sinkende Belegrechtswohnungen

Neben der Zahl der Wohnungsneubauten sinkt auch die Zahl der von der Stadt Hannover ausgeübten Belegrechtswohnungen. Von 2007 bis 2011 ging sie um 1.494 Wohnungen zurück auf 19.869 Belegrechtswohnungen (1.1.2011) sowie aktuell auf 19.699 ausgeübte Belegrechte (September 2012). Stadtteile ohne ausgeübte Belegrechte sind Leinhausen, Lahe, Zooviertel, Waldheim, Waldhausen und Burg, während der Stadtteil Mittelfeld den stadtweit höchsten Anteil (36,8 %) an Belegrechtswohnungen aufweist (alle Zahlen aus "Kleinräumige Wohnungsmarktbeobachtung in der Landeshauptstadt Hannover 2011", Stand September 2012). Parallel dazu stieg die Zahl der Menschen in Hannover, die auf "Transferleistungen" zur Sicherung ihres Lebensunterhalts angewiesen sind, seit Dezember 2005 um 4.445 Einwohner. Die Ursachen hierfür sind vielfältig: Fehlender gesetzlicher Mindestlohn, fehlende langfristige Weiterbildungs-/Umschulungsmöglichkeiten, fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten für sogenannte "Geringqualifizierte" etc. Insgesamt sind derzeit 15,7 % der Einwohner Hannovers auf sogenannte Transferleistungen" (Wohngeld, .Hartz 4/Sozialhilfe" etc.) und damit insbesondere auf preiswerten Wohnraum angewiesen.

Wir fragen die Verwaltung:

1) In welchen Stadtteilen plant die Verwaltung durch welche Maßnahmen die Zahl ihrer Belegrechtswohnungen zu steigern?

2) Wie beurteilt die Verwaltung die Möglichkeit, wieder einen "Sozialen Wohnungsbau" in Hannover zur Deckung des zunehmenden Bedarfs an preiswertem Wohnraum zu schaffen?

Hannover / 25.10.2012